SO GEHT ENERGIE-WENDE!

DER FAHRPLAN FÜR EINE SAUBERE, SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIEZUKUNFT

GRUENE.DE

INHALT

1. MEILENSTEINE DER GRÜNEN ENERGIEWENDE ..... S. 2

2. KOSTEN FAIR VERTEILEN, MÄRKTE ENTWICKELN ..... S. 3

2.1 KOSTEN FAIR VERTEILEN ..... S. 3

2.2 MÄRKTE ENTWICKELN ..... S. 4

3. DER KÜNFTIGE ENERGIEMIX IST GRÜN ..... S. 5

3.1 ERNEUERBARE ENERGIEN WEITER VORANBRINGEN ..... S. 5

3.1.1 ERNEUERBARE ENERGIEN IM STROMBEREICH AUSBAUEN ..... S. 5

3.1.2 ERNEUERBARE WÄRME ENDLICH NUTZEN ..... S. 5

3.2 FOSSILE ENERGIEN IM STROMSEKTOR HERUNTERFAHREN ..... S. 7

3.3 ATOMKRAFT WIRKLICH BEENDEN ..... S. 9

4. NETZE UND SPEICHER: DIE ENERGIE DER ZUKUNFT SCHAFFEN ..... S. 10

4.1 STROMNETZE AN DER ENERGIEWENDE ORIENTIERT AUSBAUEN ..... S. 10

4.2 SPEICHER ENTWICKELN ..... S. 11

5. ENERGIE SPAREN ..... S. 12

5.1 ENERGIESPARFONDS AUFLEGEN ..... S. 12

5.2 GEBÄUDE UMWELT- UND SOZIALVERTRÄGLICH SANIEREN ..... S. 13

5.3 STROM SPAREN ..... S. 14

6. ENERGIEFORSCHUNG NEU AUSRICHTEN ..... S. 16

1. MEILENSTEINE DER GRÜNEN ENERGIEWENDE

1. Wir verabschieden ein **nationales Klimaschutzgesetz**, das langfristige Planungssicherheit für die Energiewende schafft. Zudem heben wir die EU-Klimaziele an und machen Deutschland wieder zur treibenden Kraft beim Klimaschutz. Dafür stabilisieren wir den Emissionshandel und sichern die Finanzierung der Energiewende.

2. Wir sorgen für **faire Energiepreise** und eine gerechte Finanzierung der Energiewende.
Durch die Rückführung von Industrieprivilegien auf Härtefälle entlasten wir Privathaushalte und Mittelstand um vier Milliarden Euro im Jahr.

3. Wir werden das **EEG intelligent weiterentwickeln** und erhalten dabei seine Grundpfeiler, den Einspeisevorrang und die garantierte Vergütung. Indem wir Privilegien abschaffen (siehe 2.) und für erneuerbare Energien neue Vermarktungschancen außerhalb des EEG eröffnen, senken wir die Kosten.

4. Wir **verdoppeln den Anteil der erneuerbaren Energien** an der Strom- und Wärmeversorgung bis 2020. Statt den Ausbau der Erneuerbaren zu bremsen, schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen und Tausende neue Arbeitsplätze.

5. Wir erarbeiten ein **neues Strommarktdesign** mit Kapazitätsmechanismen, die transparent und auf wettbewerblicher Basis im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen.

6. Wir gestalten die **Energiewende in Bürgerhand** durch verbesserte Bürgerbeteiligung bei Netzausbau und Projektplanungen sowie bei Projekten wie zum Beispiel Energie-Genossenschaften.

7. Durch eine an den erneuerbaren Energien orientierte, **naturverträgliche Stromnetzplanung**, vermehrte Erdverkabelung und frühzeitige Bürgerbeteiligung schaffen wir Akzeptanz. Wir gründen eine Bundesnetzgesellschaft, damit der Bau von Hochspannungstrassen und der Anschluss der Offshore-Windparks nicht an Problemen privater Netzgesellschaften scheitern.

8. Wir richten einen **Energiesparfonds mit drei Milliarden Euro** für einkommensschwache Haushalte, Kommunen und kleine Unternehmen ein. Wir passen das Mietrecht an, damit die Mieten bezahlbar bleiben und erlassen Energiesparverpflichtungen für Energieversorger und neue Effizienzstandards für Kraftwerke.

9. Durch **Verbesserungen im KWK-Gesetz** steigern wir die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent im Jahr 2020.

10. Wir richten die **Energieforschung** neu aus und stecken 500 Millionen Euro zusätzlich in die Erforschung von Speicher-, Netz- und Erneuerbare-Energien-Technologien.

2. KOSTEN FAIR VERTEILEN, MÄRKTE ENTWICKELN

2.1 KOSTEN FAIR VERTEILEN

STAND

Erhalt und Weiterentwicklung einer funktionierenden Energieinfrastruktur erfordern erhebliche Investitionen, die von Haushalten und Unternehmen, Steuerzahlern und Energieverbrauchern finanziert werden müssen. Auch China, Frankreich und die USA werden in den nächsten 10 bis 20 Jahren dreistellige Milliardenbeträge für die Modernisierung ihrer Energieinfrastruktur aufwenden müssen. Die Frage ist nur: wofür? Die Investition in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, moderne Netze und Speicher ist da ökonomisch und ökologisch wesentlich vernünftiger als das Geld in riskante Atomkraftwerke oder klimaschädliche Kohlemeiler zu stecken.

- Im heutigen Energieversorgungssystem erfolgt die Gegenfinanzierung der notwendigen Investitionen fast ausnahmslos über die Energiepreise. Von 2002 bis 2012 sind die Verbraucherstrompreise um knapp 13 Cent je Kilowattstunde angestiegen. Davon gingen aber nur etwa fünf Cent auf die EEG-Umlage zurück. Der Zubau von Neuanlagen schlägt zudem immer weniger zu Buche, denn Wind- und Solarstrom sind heute so preiswert wie nie. Tatsächlich wird die EEG-Umlage aber von anderen Faktoren nach oben getrieben, und damit auch der Strompreis für Endkunden: Ökostrom senkt den Börsenpreis. Doch die Preissenkung („Merit-Order-Effekt“) erhöht die Spanne zwischen Verkaufswert des EEG-Stroms und der ausgezahlten Vergütung. Das lässt paradoxerweise die EEG-Kosten steigen.

- Der Zusammenbruch des CO_2-Handels verstärkt diese Entwicklung, denn die minimalen CO_2-Kosten senken ebenfalls den Börsenstrompreis.

- Die privilegierte stromintensive Industrie verbraucht 18 Prozent des Stroms, zahlt aber nur 0,3 Prozent der EEG-Kosten.

Auf diese Herausforderungen hat Schwarz-Gelb keine Antworten, im Gegenteil: sie verschärfen das Problem. Beim CO_2-Handel blockiert die Bundesregierung und weigert sich zudem, sich endlich für ein ambitioniertes CO_2-Reduktionsziel der EU von 30 Prozent bis 2020 einzusetzen. Auch gegen die negativen Auswirkungen des „Merit-Order-Effekts“ auf die EEG-Umlage will die Merkel-Regierung nicht vorgehen. Damit bleibt ein wesentlicher Preistreiber der EEG-Umlage völlig unberührt. Uns ist es besonders wichtig, dass Lasten und Nutzen der Energiewende fair verteilt werden. Wenn die Börsenstrompreise durch die Einspeisung der Wind- und Sonnenenergie kräftig sinken, dürfen davon nicht nur Energieversorger und Großunternehmen profitieren. Der Preisvorteil – 2012 im Vorjahresvergleich rund 1 Cent/kWh – muss an alle Stromkunden weitergegeben werden, auch an Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen. Diese Ungerechtigkeit hat sich letztes Jahr auf rund neun Milliarden Euro summiert.

Auch bei einer gerechteren Lastenverteilung werden sich steigende Energiepreise kaum vermeiden lassen – wegen der notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, wegen des Ausbaus der erneuerbaren Energien und wegen der zunehmenden Kosten der knapper werdenden fossilen Rohstoffe.

GRÜNE ZIELE

Wir wollen die Investitionskosten der Energiewende auf das Notwendige beschränken und das EEG von unnötigen Zusatzkosten befreien. Eine schnelle und durchdachte Energiewende heißt auch, die Gesellschaft von immer steiler ansteigenden Kosten der Energierohstoffimporte zu entlasten.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen

- die Industriebefreiungen im EEG auf den Stand von 2008 zurückführen,
- die ineffektive Marktprämie im EEG streichen, die für die Stromverbraucher mit über 300 Millionen Euro pro Jahr zu Buche schlägt,
- die preisdämpfende Wirkung erneuerbarer Energien an der Börse bei der Berechnung der EEG-Kosten einbeziehen,
- die Netzentgeltbefreiung für Großabnehmer von Strom einschränken,
- eine wirksame Markttransparenzstelle zur Überwachung des Strommarktes und der Preisbildung einrichten.

2.2 MÄRKTE ENTWICKELN

STAND

Liberalisierte Energiemärkte setzen weder Impulse für den Schutz des Klimas und der Umwelt noch für Investitionen in neue Stromerzeugungskapazitäten oder Stromnetze. So wurde beispielsweise in den USA bereits vor Jahren damit begonnen, den Neubau von Kraftwerken durch die Zahlung von Kapazitätsprämien anzureizen, da die niedrigen Strompreise einen rentablen Betrieb von Kraftwerken nicht mehr sicherstellten. Eine vergleichbare Erfahrung macht zurzeit ganz Europa. Der bestehende Strommarkt ist für die Vergütung von Wind- und Sonnenstrom gänzlich ungeeignet. Gleichzeitig können aufgrund der sinkenden Auslastung selbst neue hochflexible und effiziente Gaskraftwerke – die wir als Brückentechnologie brauchen – nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden. Klimaschädliche und ineffiziente Braunkohlekraftwerke sind derzeit die Profiteure der Merkel-Politik. Es geht daher darum, den Markt endlich auf die erneuerbaren Energien auszurichten und durch neue Marktstrukturen zu ergänzen. Die schwarz-gelbe Stromlogik muss gebrochen werden: Privathaushalte und Mittelstand zahlen für den Bau von Ökostrom-Anlagen, doch von den sinkenden Börsenpreisen profitiert nur die Industrie.

GRÜNE ZIELE

Statt einer Ausbaubremse für erneuerbare Energien à la Altmaier brauchen wir eine klare Perspektive, wie es künftig weitergeht. In der Energiepolitik muss wieder Transparenz, Klarheit und Verlässlichkeit hergestellt werden. Wir wollen das EEG in seinen wesentlichen Kernelementen erhalten, kurzfristig von unnötigen Kosten befreien, es mittelfristig mit Augenmaß weiterentwickeln und langfristig den Strommarkt so verändern, dass erneuerbare Energien darin auch ohne Förderung einen Platz finden. Auf dem Weg dahin werden Kapazitätsmechanismen nötig sein, doch gibt es diese mit uns Grünen nur, wenn strenge Kriterien an Effizienz, Emissionen, Flexibilität und Verfügbarkeit angelegt werden.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen

- ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen CO_2-Minderungszielen von minus 40 Prozent bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und 95 Prozent bis 2050 und bei Zielverfehlung greifenden zusätzlichen Maßnahmen,
- den Emissionshandel stärken durch Einführung eines verbindlichen europäischen CO_2-Reduktionsziels von 30 Prozent und eines CO_2-Mindestpreises von zunächst 15 Euro pro Tonne, der bis 2020 jährlich um einen Euro ansteigt,
- Kapazitätsmechanismen einführen – unter Beibehaltung des Vorrangs für Erneuerbare – für die Schaffung neuer Kapazitäten durch hocheffiziente Gaskraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, Lastmanagement, Speicher und stetig vorhandene erneuerbare Energien.

ENEUERBARE ENERGIEN

	Stand 2011	Ziel 2020 Regierung	**Ziel 2020 Grüne**
EE-Anteil Strom	20%	35%	**43%**
EE-Anteil Wärme	10,4%	14%	**25%**
EE-Anteil Verkehr	5,6%	10%	**15%** **mit Ökostrom**

3. DER KÜNFTIGE ENERGIEMIX IST GRÜN

3.1 ERNEUERBARE ENERGIEN WEITER VORANBRINGEN

3.1.1 ERNEUERBARE ENERGIEN IM STROMBEREICH

STAND

Schwarz-Gelb will die erneuerbaren Energien ausbremsen. Dadurch kommt die ganze Energiewende zum Stillstand. Deshalb ist die politische Auseinandersetzung über Umfang und Tempo des Ausbaus der erneuerbaren Energien entscheidend für die Zukunft unserer Energieversorgung.

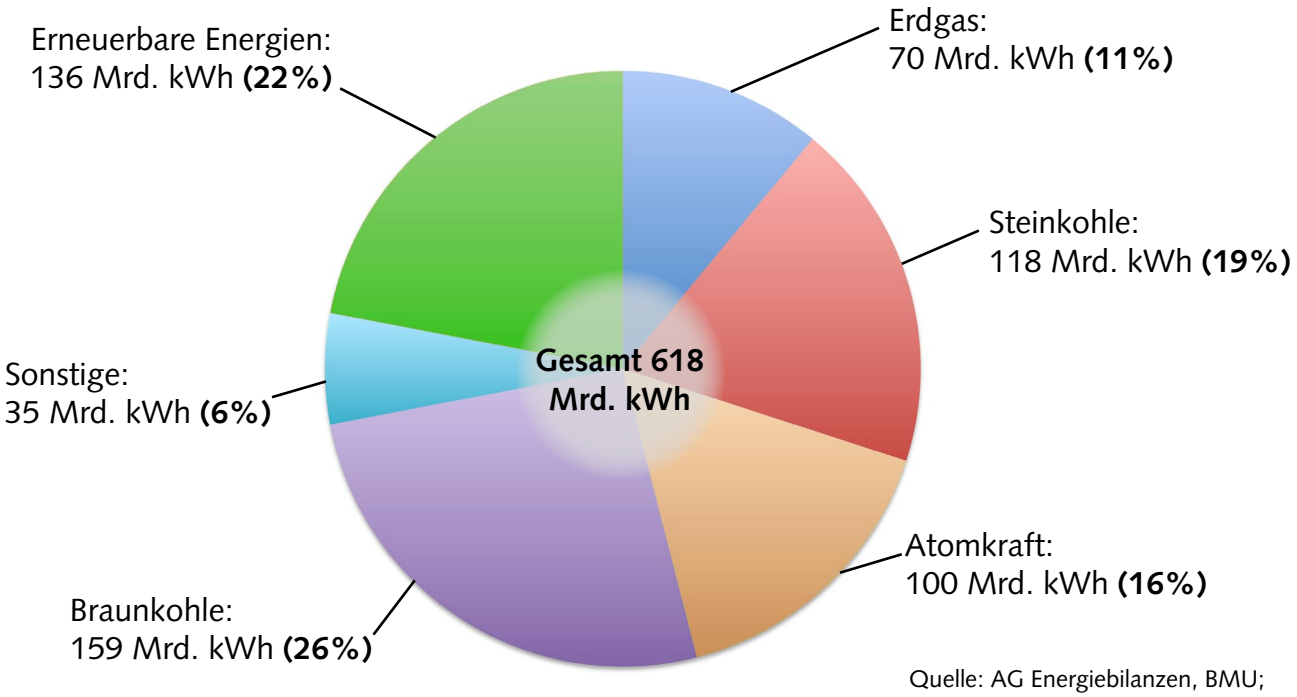
Das rot-grüne Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat einen beispiellosen Ausbau erneuerbarer Energien im Stromsektor ausgelöst. Heute stehen in Deutschland über 70.000 MW installierter Leistung aus Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse bereit. Sie decken zurzeit etwa ein Viertel des Stromverbrauchs. Fast 400.000 Menschen arbeiten heute in der Erneuerbaren-Branche. Die erneuerbaren Energien werden von der Energiewirtschaft, die ihre Pfründe sichern will, und ihren HelferInnen in der Politik, gerne als Kostentreiber gebrandmarkt. Doch wenn man berücksichtigt, dass die Erneuerbaren uns im Jahr 2011 über neun Milliarden Euro an Importkosten von Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran eingespart haben und zusätzlich über 11 Milliarden an gesundheitlichen und ökologischen Folgekosten, sieht die Rechnung gleich ganz anders aus.

Statt die BürgerInnen und die KMUs bei den Strompreisen zu entlasten, verschenkt Schwarz-Gelb weiter Privilegien. Diese Klientelpolitik entlastet die Industrie inzwischen um vier Milliarden Euro, die von Privatkunden und Kleinunternehmern zusätzlich aufgebracht werden müssen. Verbal bekennt sich die Bundesregierung noch zur Förderung erneuerbarer Energien. In der Praxis will sie jedoch das Tempo des Ausbaus drosseln, stellt das EEG in Frage und schreckt dabei sogar vor grundgesetzlich verbotenen rückwirkenden Eingriffen in die langjährig garantierten Einspeisevergütungen nicht zurück.

Offiziell strebt die Bundesregierung einen Anteil von 35 Prozent EE-Strom bis 2020 an, doch in Wahrheit setzt sie offensichtlich auf neue Kohlekraftwerke als Ersatz für Atomstrom. Das ist rückwärts- statt zukunftsgewandt und aus Klimaschutzgründen nicht akzeptabel.

DER STROMMIX IN DEUTSCHLAND IM JAHR 2012

Mit 136 Milliarden Kilowattstunden lieferten Erneuerbare Energien 22 Prozent der Bruttostromerzeugung



Quelle: AG Energiebilanzen, BMU; Stand: 03/2013

GRÜNE ZIELE

Wir wollen bis 2020 eine nochmalige Verdopplung des Anteils Erneuerbarer an der Stromerzeugung. Bis 2030 ist Deutschland mit uns komplett auf 100 Prozent Erneuerbare umgestiegen. Um gleichzeitig die Kosten zu senken, wollen wir das EEG von unnötigen Zusatzbelastungen befreien. Wir setzen auf eine kosteneffiziente Weiterentwicklung des EEG und wollen den Energiemarkt verändern, um erneuerbaren Energien schneller eine Marktperspektive außerhalb des EEG zu eröffnen. Zudem werden wir den Ausgleich der zeitlichen Schwankungen von Solar- und Windstrom organisieren.

Unser Ziel ist der vollständige Umstieg auf Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft, nachhaltig erzeugte Biomasse und Erdwärme. Damit beenden wir im Stromsektor die Abhängigkeit von importierten fossilen und nuklearen Brennstoffen, senken die CO_2-Emissionen drastisch und sorgen für technische Innovationen und Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, die Hunderttausende Arbeitsplätze sichert und schafft.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen das EEG intelligent weiterentwickeln und dazu

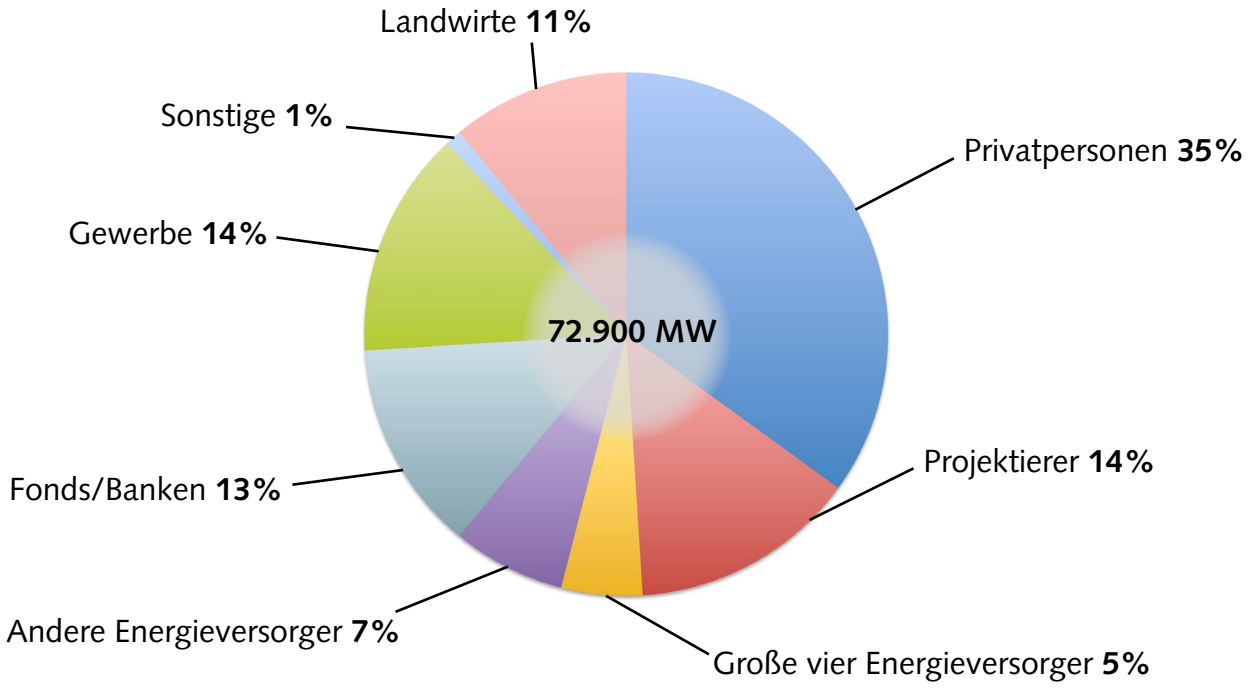
- die Eckpfeiler des EEG, den Einspeisevorrang und die fest garantierte Vergütung beibehalten, aber die Vergütung konsequent an die sinkenden Erzeugungskosten anpassen,
- die Kosten verringern, indem wir Privilegien nur noch den im intensiven internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen gewähren,
- dafür sorgen, dass der dank Wind- und Solarstrom gesunkene Börsenstrompreis endlich bei den Stromverbrauchern ankommt,
- die Systemintegration erneuerbarer Energien verbessern,
- das Grünstromprivileg als Alternative zur Marktprämie weiterentwickeln,
- mit strengen Kriterien die nachhaltige Nutzung von Bioenergien sicherstellen.

Wir wollen die Energieversorgungsstruktur neu ausrichten und dazu

- die Diskussion über ein neues Marktdesign vorantreiben,
- den Regelenergiemarkt stärker für erneuerbare Energien öffnen,
- die Netzintegration erneuerbarer Energien optimieren.

ERNEUERBARE ENERGIEN IN BÜRGERHAND

Verteilung der Eigentümer an der bundesweit installierten Leistung zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen 2012 (72.900 MW)



Quelle: trend research; Stand 04/2013

3.1.2 ERNEUERBARE WÄRME ENDLICH NUTZEN

STAND

Im Wärmebereich sind die Kosten aufgrund der fossilen Abhängigkeit in den letzten Jahren rasant angestiegen. So sind alleine die Heizölpreise seit 1988 um 280 Prozent und die Erdgaspreise um 110 Prozent gestiegen. Der Einsatz erneuerbar erzeugter Wärme in Deutschland deckt aber immer noch lediglich rund 10 Prozent des Wärmebedarfs ab. Selbst im Neubaubereich stagniert der Ausbau der erneuerbaren Energien. Selbst das unambitionierte Ziel der Bundesregierung, 2020 einen Anteil von 14 Prozent zu erreichen, wird verfehlt, wenn Programme lediglich freiwillig sind.

GRÜNE ZIELE

Grünes Ziel ist es, dass Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme bis 2020 mindestens 25 Prozent des Wärmebedarfs abdecken können. Neben CO_2-Einsparungen und einer Verringerung der Abhängigkeit von knappen und immer teurer werdenden fossilen Energien werden dadurch zugleich die enormen wirtschaftlichen Potenziale für Handwerk und klein- und mittelständische Unternehmen erschlossen.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen mit einem Maßnahmenbündel aus Vorgaben und Anreizen die Nutzung erneuerbarer Wärme vorantreiben:

- Die gesetzliche Verpflichtung zum Einsatz erneuerbarer Energien (EE) muss entsprechend beim Neubau sowie bei Sanierungen und Austausch bestehender Heizungsanlagen greifen und kontrolliert werden. Es darf aber auch Ausnahmen geben, zum Beispiel für nur selten genutzte Gebäude.
- Der gesetzliche Standard für erneuerbare Energien am Wärmebedarf soll 20 Prozent bei Neubauten und 10 Prozent bei Bestandsbauten betragen. Der Standard wird alle fünf Jahre angehoben.
- Neue Ölheizungen werden ab 2015 komplett durch EE-Anlagen ersetzt sein.
- Zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte sollen Mittel aus dem Marktanreizprogramm sowie aus KfW-Programmen bereitgestellt werden.
- Saisonale Wärmespeicherung und Fern- und Nahwärmenetze werden ausgedehnt.
- Das EEWärmeG soll für überschüssige Windenergie geöffnet werden. Überschüssiger Windstrom kann so in die Nahwärmenetze eingespeist werden.

3.2 FOSSILE ENERGIEN IM STROMSEKTOR HERUNTERFAHREN

STAND

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist nicht bereit, das fossile Zeitalter zu beenden und die Energieversorgung möglichst schnell auf erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung umzustellen. Sie fördert stattdessen weiterhin den Neubau von Kohlekraftwerken, obwohl diese die größten Klimakiller sind, zudem unflexibel und für den Ausgleich von schwankender Wind- und Solarstromeinspeisung nicht geeignet. Letztlich hält Schwarz-Gelb damit am überkommenen Konzept der „Grundversorgung mit Großkraftwerken“ fest und bedient so die Interessen der großen Energiekonzerne. Dies geschieht auf Kosten der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit ihren neuen klimafreundlichen und effizienten Technologien.

Kohle
Die Kohleverstromung ist die klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. Und sie ist ineffizient und setzt darüber hinaus große Mengen Schadstoffe frei. Bereits die Gewinnung der Kohle verursacht immense Schäden. Doch heute stammen noch immer fast 45 Prozent des in Deutschland produzierten Stroms aus Kohlekraftwerken: 81 Steinkohlekraftwerksblöcke und 51 Braunkohlekraftwerksblöcke sind zurzeit am Netz. Sie produzieren jährlich mehr als ein Viertel aller CO_2-Emissionen Deutschlands. Zehn neue Kohlekraftwerke befinden sich im Bau, neun weitere sind in Planung. Diese neuen Kohlekraftwerke würden in den kommenden Jahrzehnten noch bis zu 135 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr freisetzen. Das Klimaschutzziel der Bundesregierung von 40 % bis 2020 wäre dann nicht mehr erreichbar. Nicht zuletzt sind Kohlekraftwerke auch ein ökonomisches Risiko, denn sie werden unwirtschaftlich, wenn sie nur noch zeitweise in Betrieb sind.

Der Emissionshandel entfaltet keine erkennbare Wirkung, um den Bau neuer Kohlekraftwerke zu verhindern. Im Gegenteil: Der Zusammenbruch des CO_2-Preises bevorteilt gerade die klimaschädlichen Braunkohlekraftwerke am Markt. Mit neuen Kohlekraftwerken werden zudem Fakten geschaffen, die Klimaschutz unmöglich machen. Auch mit einer CO_2-Abscheidung und -Lagerung (CCS) bliebe es unverantwortlich, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Die CCS-Technik ist aus vielerlei Gründen ein hohles Versprechen. Sie weckt falsche Hoffnungen und behindert Klimaschutz und Energiewende. Insofern passt CCS zu Angela Merkels Energiepolitik.

Erdgas
Für den vollständigen Umstieg auf erneuerbar erzeugten Strom brauchen wir für eine Übergangszeit flexible und möglichst klimaschonende fossile Kraftwerkskapazitäten. Gaskraftwerke sind daher der ideale Partner für die fluktuierenden erneuerbaren Energien. Sie können binnen weniger Minuten zu- oder abgeschaltet werden. Später muss dann der Wechsel von Erdgas auf „Grünes Gas“ (Biogas, Power-to-Gas) erfolgen. Damit ist eine Umstellung auf erneuerbare Energien möglich, ohne die Investitionen in die Technologie zu gefährden.

In den USA sind die Gaspreise zwar vorübergehend gesunken, doch die Folgen des sogenannten „Frackings“ sind Trinkwasserverschmutzungen, kleine und mittlere Erdbeben und großflächige Landschaftsschäden. Vor allem die FDP spricht sich eindeutig für Fracking aus. Doch wir Grüne werden umweltschädliches Fracking in Deutschland verhindern. Ökonomisch und ökologisch macht Fracking in Europa keinen Sinn.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
Nach dem Dach mit der Photovoltaikanlage wollen wir jetzt auch den Keller zum Kraftwerk machen. Mit Gesamtwirkungsgraden von bis zu 90 Prozent und einem entsprechend geringen CO_2-Ausstoß trägt die Kraft-Wärme-Kopplung zu Ressourcen- und Klimaschutz bei. Eine von Schwarz-Gelb erlassene sehr restriktive Förderung sowie bürokratische Hürden führen dazu, dass der KWK-Ausbau in Deutschland nur langsam voranschreitet. Das Ausbau-Ziel wird ebenso wenig erreicht wie der Durchbruch dieser innovativen Technik mit ihrem großen Klimaschutzpotenzial.

GRÜNE ZIELE

Der „grüne Dreisatz“ für die Rolle der fossilen Energieträger im Stromversorgungssystem heißt: Keine neuen Kohlekraftwerke, Lastausgleich durch flexible Gaskraftwerke und Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung. Es muss sich wieder lohnen, in neue hocheffiziente Gaskraftwerke zu investieren.

GRÜNE MASSNAHMEN

Um den Strukturwandel voranzutreiben, wollen wir

- einen strengen Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent für alle fossilen Kraftwerke einführen und die Grenzwerte für den Schadstoffausstoß verschärfen,
- bei neuen fossilen Kraftwerken mit Wärmeauskopplung einen Jahreswirkungsgrad von 75 Prozent vorschreiben,
- keine (auch keine versteckte) Subventionierung für klimaschädliche Kohlekraftwerke mehr,
- Kapazitätsmechanismen – also eine Vergütung für die Bereitstellung von Kapazitäten – die neben Laststeuerung, Stromspeichern und verstetigten erneuerbaren Energien auch neue Gaskraftwerke mit KWK anreizen,
- bürokratische Hemmnisse und andere Benachteiligungen vor allem der dezentralen KWK abbauen und zugleich die Förderung von KWK-Anlagen mit Braun- oder Steinkohle als Brennstoff streichen.

3.3 ATOMKRAFT WIRKLICH BEENDEN

STAND

Trotz des Ausstiegs aus der Nutzung der Atomkraft bis zum Jahr 2022 wird die Gesellschaft noch Jahrzehnte für die Abwicklung der Folgen des atomaren Irrwegs bezahlen. Bis heute sind rund 15.000 Tonnen hochradioaktive und etwa 130.000 m^3 mittel- und schwachradioaktive Abfälle durch die Atomkraftnutzung angefallen. Für den Prozess der sicheren Entsorgung wurde nun auf unser Drängen auf der Basis eines parteiübergreifenden Konsenses zwischen Bund und Ländern mit dem sogenannten Standortauswahlgesetz (StandAG) die gesetzliche Grundlage geschaffen. Inzwischen müssen Milliarden für die Sanierung und den Rückbau atomarer Altlasten von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Die Atomwirtschaft hat von dieser Infrastruktur profitiert – die Kosten soll jetzt die Allgemeinheit tragen. Dies gilt es zu ändern und eine Beteiligung der Atomwirtschaft an allen Folgekosten sicherzustellen, auch gegen den Widerstand von Schwarz-Gelb. Der Atomausstieg wird nur Bestand haben, wenn die Energiewende fortgeführt wird. Die Bundesregierung lässt die Energiewende scheitern. Damit wird der Atomausstieg immer unsicherer. Eine Rückkehr zu der Hochrisikotechnologie ist noch nicht ausgeschlossen.

GRÜNE ZIELE

Die Umsetzung des Atomausstiegs bis spätestens 2022 ist für uns unumkehrbar. Um ihn ernsthaft, schnellstmöglich und vollständig zu vollziehen, muss auch die Sicherheit der noch laufenden AKW deutlich verbessert werden. Das ist die Lehre aus Fukushima, geliefert aber hat die Bundesregierung bis jetzt nichts. Da der Zubau der erneuerbaren Energien wesentlich schneller läuft als vorhergesagt, sollte nicht ihr Zubau gedrosselt werden, sondern ein schnelleres Abschalten von Atomkraftwerken angestrebt werden. Auf der Grundlage des neuen Standortauswahlgesetzes soll ein ehrlicher Neuanfang für die Suche nach dem bestmöglichen Endlager für hochradioaktive Abfälle zügig angeschoben werden. Aus dem Parteienkonsens muss ein gesellschaftlicher Konsens werden, um die Akzeptanz für das ergebnisoffene Suchverfahren auf eine breite Basis zu stellen.

Ungeachtet des Atomausstiegs hat die Bundesregierung im Jahr 2009 die Bereitstellung sogenannter Hermes-Bürgschaften für den Export von Atomtechnologie wieder ermöglicht. Das ist widersinnig und nicht verantwortbar. Das nukleare Risiko macht nicht an der Grenze halt, eine Verschärfung der internationalen Atom-Sicherheitsstandards und der Haftungsvorsorge ist längst überfällig. Ebenso widersinnig ist es, deutsche Steuergelder weiter in die Erforschung von Technologien zu stecken, die den Wiedereinstieg in atomare Großtechnik bedeuten würden. Wer Atomausstieg ernst meint, kann Kernfusion oder Transmutation nicht wollen.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen den Atomausstieg in Deutschland vollenden, in dem

- die Sicherheitsanforderungen für alle Atomanlagen gemäß aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik erhöht und periodische Sicherheitsprüfungen durchgeführt werden,
- die erforderlichen Nachrüstungen der verbleibenden AKW rasch durchgesetzt werden,
- die Atomtransporte minimiert und sicherer gemacht werden, zum Beispiel indem sie stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden,
- die AKW-Betreiber alle Kosten für die Entsorgung des Atommülls tragen und die Rücklagen dafür in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden,
- Atommüllexporte ins Ausland verboten werden,
- der Atomausstieg auch in der Energieforschungspolitik durch eine neue Prioritätensetzung sichtbar und glaubwürdig gemacht wird,

Auf internationaler Ebene wollen wir, dass

- die Atomkraftnutzung weltweit beendet wird, das heißt ab sofort keine Hermes-Bürgschaften für den Export von Atomtechnologien mehr vergeben werden,
- die geltenden Sicherheitsstandards und die Haftungsanforderungen deutlich erhöht werden und auch in unseren Nachbarländern besonders gefährliche Alt-AKW stillgelegt werden,
- die Weltgesundheitsorganisation WHO unabhängig von der IAEO über die Gefahren und Auswirkungen von radioaktiver Strahlung forschen und berichten kann,
- der Euratom-Vertrag auf die Beendigung der Atomkraftnutzung neu ausgerichtet wird. Sollte das nicht durchsetzbar sein, soll Deutschland den Vertrag kündigen.

4. NETZE UND SPEICHER: DIE ENERGIE DER ZUKUNFT SCHAFFEN

4.1 STROMNETZE AN DER ENERGIEWENDE ORIENTIERT AUSBAUEN

STAND

Der Ausbau der Stromnetze ist notwendig, denn die bestehenden Übertragungs- und Verteilnetze müssen modernisiert, neue Leitungen und Technik aufgebaut werden. Ein Stromsystem mit einem hohen und weiter steigenden Anteil von dezentralen erneuerbaren Energien benötigt eine andere Netzstruktur. Die Große Koalition hat 2009 das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) verabschiedet, doch bislang sind erst wenige Hundert Kilometer der dort projektierten 1.834 Kilometer realisiert. Ähnlich bei der Anbindung der Offshore-Windparks: Hier bekommen für die Schlamperei in der Planung nun die Stromkunden eine Offshore-Umlage von 0,25 ct/kWh aufgedrückt.

Bei der Netzplanung an Land ist mit dem Netzentwicklungsplan Strom erstmals ein kohärenter Plan gefasst worden. Zu dieser Priorisierung von 2.900 Kilometern Verstärkung in bestehenden Trassen und 2.800 Kilometern Neubau gehören auch drei Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen, deren Hauptaufgabe darin besteht, Wind aus dem Norden nach Süddeutschland zu transportieren. Mit dem Bundesbedarfsplan sind die planerischen Voraussetzungen für den Netzausbau zwar verbessert, es wurden aber gleichzeitig die Klagemöglichkeiten betroffener Bürger eingeschränkt und Erdkabel sind nur in wenigen Ausnahmefällen zugelassen. Das untergräbt die Akzeptanz beim Netzausbau.

GRÜNE ZIELE

Die Netze sollen so angepasst werden, dass der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien schnellstmöglich und effizient realisiert werden kann. Wir wollen dazu den Netzausbau auf den tatsächlichen Bedarf der erneuerbaren Energien ausrichten und dabei vorrangig Alternativen wie Erdverkabelungen nutzen; außerdem Neubauvorhaben priorisieren und im Bundesbedarfsplan stets nur unumstrittene Projekte aufnehmen.

Für uns Grüne ist klar, dass der Netzausbau natur- und umweltverträglich sowie mit demokratischer und transparenter Planung vorangebracht werden muss. Um den stockenden Netzausbau auf der Höchstspannungsebene und beim Anschluss der Offshore-Windparks zu beschleunigen, wollen wir eine Bundesnetzgesellschaft gründen.

In einem auf erneuerbare Energien ausgelegten Stromversorgungssystem ändern sich aber auch die Struktur und die Aufgaben der Verteilnetze. Sie müssen „intelligent“ gemacht werden. Vor allem im Bereich Industrie und Gewerbe existieren ungenutzte Potenziale zur Flexibilisierung des Systems. Intelligente Zähler bieten Privathaushalten mehr Transparenz beim Stromverbrauch und somit die Möglichkeit, Energiekosten zu sparen.

GRÜNE MASSNAHMEN

Grüne „Netzpolitik“ setzt bei den Besitzverhältnissen und der Kontrolle der Netze an. Wir wollen

- eine Deutsche Netzgesellschaft in öffentlicher Hand gründen und mit dieser mehrheitlich in die Finanzierung der Netzprojekte zum Anschluss der Offshore-Windparks sowie der HGÜ-Trassen einsteigen,
- eine Holding gründen, die den Betrieb dieser und weiterer, später aus dem Bestand übernommenen Leitungen übernimmt,
- finanzielle Anlagemöglichkeiten für Bürger bei Netzausbauprojekten erarbeiten,
- eine abgestimmte europäische Netzpolitik fördern.

Wir wollen die Netzentwicklungsplanung verbessern:

- Öffentlichkeitsbeteiligung weiter stärken,
- Sensitivitäten, das heißt Alternativen im Szenario für den Netzentwicklungsplan, stärker berücksichtigen,
- Netz-Optimierung muss vor Verstärkung und vor Neubau kommen (NOVA-Prinzip).

4.2 SPEICHER ENTWICKELN

STAND

Erneuerbare Energien aus Wind und Sonne stehen manchmal nur sehr begrenzt, manchmal im Überfluss zur Verfügung. Für den Ausgleich sollen unter anderem Speicher sorgen, in denen Strom „zwischenlagern“ kann bis er gebraucht wird. Unser Stromversorgungssystem ist derzeit zwar stabil, aber ab 2020 wird der Speicherbau unerlässlich. Bis dahin müssen kostengünstige und technologisch ausgereifte Speichermöglichkeiten einsatzbereit sein. Schwarz-Gelb verschläft jedoch völlig, jetzt die Weichen dafür zu stellen. Es muss mehr in Forschung und Entwicklung investiert, aber auch wirtschaftliche Anreize müssen gesetzt werden. Zudem muss die Kooperation ausgeweitet werden, gerade mit dem mit Speichern gesegneten Skandinavien. Doch mit Merkel verlieren wir wichtige Zeit beim Aufbau der Speicherinfrastruktur.

GRÜNE ZIELE

Wir wollen das Speicherproblem gezielt angehen und kurzfristig nicht nur Forschungsprogramme auflegen, sondern auch die Markteinführung anreizen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ab 2020 tragfähige und bezahlbare technische Lösungen tatsächlich bereitstehen.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen

- 500 Millionen Euro für gezielte Energieforschung zur Verfügung stellen,
- die Netzintegration erneuerbarer Energien verbessern und damit die Markteinführung von Speichersystemen anreizen,
- innovative Speicherkonzepte fördern, wie etwa unterirdische Pumpwasserspeicher, oder die bestehenden Staustufen an Bundeswasserstraßen nutzen,
- die Bürgerbeteiligung beim Bau neuer Speicheranlagen verbessern.

5. ENERGIE SPAREN

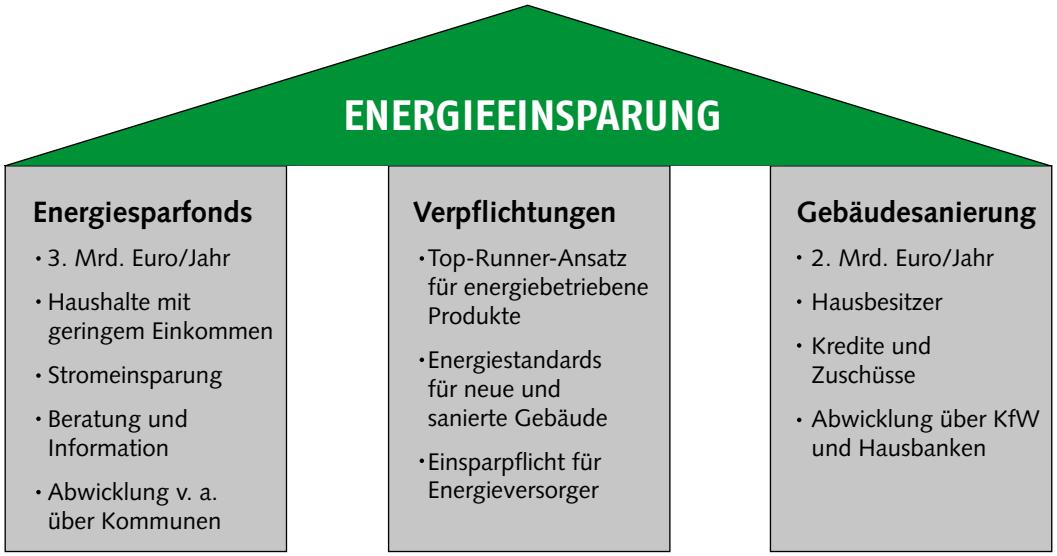
5.1 ENERGIESPARFONDS AUFLEGEN

STAND

Im Energiesparen liegt ein Riesenpotenzial. Doch die Bundesregierung lässt alle Bemühungen zur Senkung des Energieverbrauchs versanden. Deutschland wird das eigene und das EU-Einsparziel von 20 Prozent bis 2020 weit verfehlen, und nach eigenen Angaben nur eine Reduktion von 12,8 Prozent erreichen. Eine konsequente Effizienzstrategie würde neue Arbeitsplätze schaffen, laut Wuppertal Institut könnten bis zu 500.000 in den kommenden zehn Jahren entstehen.
Die Versäumnisse von Schwarz-Gelb bei der Energiesparpolitik bergen auch großen sozialen Sprengstoff. Im Zeitraum 2003 bis 2008 haben sich die Endkundenpreise für Heizöl annähernd verdoppelt, für Erdgas stiegen sie um über 60 Prozent. Allein 2012 stiegen die Preise für Heizöl um zwölf Prozent, weiter ansteigende Preise werden erwartet. Um einkommensschwache Haushalte mit den Energiekosten nicht finanziell zu überfordern, ist Energieeinsparung in Wohngebäuden dringend geboten.

Erfolgreicher Klimaschutz ist maßgeblich an den Energieverbrauch in unseren Städten gekoppelt. Drei Viertel des schädlichen Klimagases CO_2 wird in Städten ausgestoßen. Energiesparende und klimaschützende Bauleitplanung und die Planung von Sanierungsmaßnahmen sowie den Einsatz von erneuerbarer Wärme durch die Kommunen sind kostengünstiger als Einzelmaßnahmen und vermeiden Fehlinvestitionen.

Eine sinnvolle und strategische Verknüpfung von Effizienzmaßnahmen mit dem Einsatz erneuerbarer Energien hat Schwarz-Gelb sträflich versäumt, die Förderung ist in viele Töpfe und Zuständigkeiten zersplittert und für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen schwer durchschaubar. Dem konzeptionslos zusammengeschusterten Sondervermögen Energie- und Klimafonds fehlen die Einnahmen, weil der CO_2-Emissionshandel eingebrochen ist. Die Förderung der Energieeffizienz ist rückläufig.



GRÜNE ZIELE

Wir wollen eine Energiesparoffensive im Wärme- und Strombereich starten. Es geht uns um die effiziente und erfolgreiche Verzahnung folgender vier Elemente: Förderung, Ordnungsrecht, Information und Ausbildung.

Unser Ziel ist es, die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf drei Prozent jährlich zu verdreifachen und die CO_2-Emissionen bis 2050 auf Null zu reduzieren. Bewährte Förderprogramme wie das Gebäudesanierungsprogramm wollen wir ausbauen, verstetigen und zielgruppenspezifisch ausrichten. Ergänzend dazu wollen wir mit einem neuen Energiesparfonds eine zusätzliche Säule in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich einrichten. Rund zwei Milliarden Euro davon sollen in den Wärmebereich fließen, etwa eine Milliarde Euro in die Förderung von Stromeffizienz sowie Beratung und Information. Zusätzlich treten wir für eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung für selbstnutzende Eigentümer ein. Diese muss sozial gerecht, ökologisch zielführend und gegenfinanziert sein. Wir wollen darüber hinaus die Vorteile eines quartiersbezogenen und in die städtische Planung eingebetteten Ansatzes nutzbar machen. Förderung muss effektiv eingesetzt und im Sinne der Charta von Leipzig für die nachhaltige europäische Stadt auf ganzheitliche Strategien und abgestimmtes Handeln ausgerichtet werden. Eine Verdrängung in Quartiere mit vielen einkommensschwachen Haushalten muss vermieden werden.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir werden

- einen neuen Energiesparfonds mit einem Finanzvolumen von drei Milliarden Euro jährlich auflegen. Er soll insbesondere einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen unterstützen und den sozialen Folgen steigender Energiepreise entgegenwirken sowie stromsparende Maßnahmen in der Wirtschaft unterstützen. Zur Gegenfinanzierung werden klimaschädliche Subventionen abgebaut. Der Energiesparfonds soll dazu beitragen, den Strom- und Wärmeverbrauch zu senken und folgende Förderprogramme umfassen: Energieberatung und Informationen verbessern, die Erstellung von Energiebedarfsausweisen für jedes Wohngebäude fördern und das Energiesparen in der Ausbildung verankern. Energetische Sanierung insbesondere in Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte erhöhen. Stromeffizienz und Markteinführung besonders sparsamer strombetriebener Geräte und Maschinen fördern, insbesondere in einkommensschwachen Haushalten. Weitere Fondsmittel sollen für die Sanierung öffentlicher Gebäude sowie für die Einführung eines Klimawohngeldes zur Verfügung stehen, mit dem soziale Härten im Zuge der Sanierung verhindert werden.
- die Förderprogramme zur Gebäudesanierung im Bundeshaushalt auf zwei Milliarden Euro erhöhen und zielgruppenspezifisch auf Selbstnutzer, Kleinvermieter, Wohneigentumsgenossenschaften, Genossenschaften und Wohnungswirtschaft ausrichten.

- eine steuerliche Förderung der energetischen Sanierung für selbstnutzende EigentümerInnen so ausgestalten, dass sie sozial gerecht ist und einen zusätzlichen Sanierungsanreiz für Eigentümerinnen und Eigentümer darstellt.
- die Bundesstelle für Energieeffizienz zu einem von der Energiewirtschaft unabhängigen Kompetenzzentrum für Energieeffizienz ausbauen um Transparenz und Bürgernähe zu stärken. Sie soll als Anlaufstelle für Unternehmen, Klimaschutzagenturen, Kommunen und Privathaushalte bei Fragen der Energieeffizienz fungieren und
- die Weiterentwicklung und Abstimmung der Förderprogramme untereinander sowie die fachliche Ausgestaltung des Energiesparfonds übernehmen. die Programme und Maßnahmen zur Förderung der Energieeinsparung und Effizienz aus dem Sondervermögen Energie- und Klimafonds in die Einzelpläne der jeweiligen Fachressorts überführen. Klimaschädliche Programme wie die Stromsubventionen für die stromintensiven Unternehmen werden abgeschafft.

5.2 GEBÄUDE UMWELT- UND SOZIALVERTRÄGLICH SANIEREN

STAND

Der Gebäudebestand von 18 Millionen Wohngebäuden in Deutschland steht einem Volumen von rund 160.000 Neubauten pro Jahr gegenüber. Eine deutliche Senkung des Energieverbrauchs in Privathaushalten kann also nur mit anspruchsvollen Energiestandards für bestehende Gebäude erreicht werden.

Schon heute ist die Modernisierung eines unsanierten Gebäudes hin zu einem 7-Liter-Haus in aller Regel wirtschaftlich. Energieplushäuser im Bestand sind technisch möglich, im Neubau ist die Technik noch weiter. Jedoch greifen die EnEV 2012 dieses Potenzial nicht auf.

Die Sanierungsquote im Gebäudebestand liegt unter einem Prozent pro Jahr. Mit diesem Tempo werden wir über 100 Jahre benötigen, um die Einsparpotenziale zu erschließen. Die Kostenlawine fossiler Brennstoffe lässt sich so nicht aufhalten. Schwarz-Gelb gestaltet die Sanierung des Gebäudebestands zulasten der Mieterinnen und Mieter. Die Folge: Bezahlbarer Wohnraum schwindet rasant. Diese einseitige finanzielle Belastung der MieterInnen führt direkt in eine soziale Schieflage und verstärkt die Widerstände gegen die energetische Sanierung.

Viele Baustoffe erfüllen die Anforderungen an Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit nur mangelhaft. Die Förderung ökologischer Baumaterialien reicht bei weitem nicht aus.

GRÜNE ZIELE

Wir wollen die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf 3 Prozent jährlich heben, Klarheit hinsichtlich des Energieverbrauchs von Wohnungen schaffen und ambitionierte Energiestandards setzen. Bis 2020 wollen wir so im Gebäudebereich die CO_2-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 senken und sie bis 2050 auf Null zurückführen.

Die Investitionskosten müssen dafür gerecht zwischen den Eigentümern und den Mietern aufgeteilt werden. Dies geschieht durch Änderungen im Mietrecht und mit flankierenden Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte und wenig finanzstarke Eigentümer.

Für eine bessere Informationsbasis im Gebäudebereich wollen wir einen aussagekräftigen Energieausweis und bessere Beratung. Gerade diejenigen, die mit ihren geringen Einkommen am stärksten von Energiearmut bedroht sind, müssen besser informiert werden.

Wir wollen den Mindeststandard für die Sanierung des Gebäudebestands anheben und gleichzeitig ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen. Für denkmalgeschützte Bauten sehen wir Sonderregelungen vor. Für Neubauten streben wir spätestens ab 2019 den Nullenergiestandard an. Bei Neubauten der öffentlichen Hand soll dies bereits ab 2016 eingeführt werden. Ziel ist der Energieplushaus-Standard. Zusätzlich wollen wir die Einführung und Zertifizierung von ökologischen und gesunden Baustoffen gezielt fördern.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen den Energiebedarf sanierter und neuer Wohnungen und Gebäude senken durch

- eine schrittweise Absenkung der EnEV-Standards für sanierte Gebäude von heute circa 100 auf 70 kWh pro Quadratmeter und Jahr („7-Liter-Haus“) im Jahr 2020,
- eine Verschärfung der Energiestandards für Neubauten auf 15 kWh pro Quadratmeter und Jahr („1,5-Liter-Haus“) sowie die besondere Förderung darüber hinausgehender Energiestandards,
- eine bessere Verzahnung der EnEV mit bestehenden Gesetzen wie dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) und dem Effizienzgesetz.

Wir wollen Transparenz über den Energiebedarf von Wohnungen und Gebäuden schaffen durch

- die Einführung eines einheitlichen und ab 2018 verbindlichen Energie-Bedarfsausweises, der den Energieverbrauch eines Gebäudes unabhängig vom individuellen Nutzerverhalten darstellt. Kurzfristig wird der bisher übliche Ausweis verbraucherfreundlicher gestaltet, etwa durch die Angabe des Energieverbrauchs der letzten Verbrauchsabrechnungen.
- eine Vor-Ort-Energieberatung durch ausgewiesene Experten sowie die Erstellung individueller Sanierungsfahrpläne mit konkreten Empfehlungen,
- ein Monitoring über den Erfolg der Energiesparprogramme und -maßnahmen. Wir wollen für eine sozialverträgliche Kostenaufteilung zwischen Mietern und Eigentümern sorgen durch die Absenkung der Modernisierungsumlage von elf auf neun Prozent, Beschränkung auf Energiesparmaßnahmen und barrierefreien Umbau, rechtliche Senkung der Mietanstiege im Bestand, Weiterführung der sozialen Wohnraumförderung mittels zweckgebundener Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder,
- eine Ausweitung des Mietminderungsrechts auf gesetzlich vorgeschriebene, vom Eigentümer aber nicht durchgeführte Energieeinsparmaßnahmen,
- eine Vereinfachung von Umlage und Abrechnungsverfahren von Contracting-Maßnahmen,
- die Einführung eines Klimazuschusses zum Wohngeld und zu den Kosten der Unterkunft.

Wir wollen bessere Informationen, Beratung und Kompetenz schaffen und verstärkt in Ausbildung und Forschung investieren durch

- den Aufbau eines Netzes kommunaler bzw. regionaler Energiekompetenzzentren, für die Beratung und Vernetzung aller Beteiligten,
- den Einsatz niederschwelliger Informationsangebote, wie zum Beispiel Online-„E-Checks“,
- die Verstärkung des energieeffizienten und solaren Bauens und Sanierens in der Aus- und Weiterbildung von Architekten, Bauingenieuren und Handwerkern.

5.3 STROM SPAREN

STAND

Seit 2002 sind die Strompreise um 70 Prozent gestiegen, vor allem wegen Preissteigerungen der Energierohstoffe wie Kohle und Erdgas und weil die Stromkonzerne immer höhere Gewinne einstreichen. Gleichzeitig verbrauchen Privathaushalte immer mehr Strom – heute rund 20 Prozent mehr als im Jahr 1990. Zwar wird der Strombedarf von Geräten durch die ständige Verbesserung der Technologien tendenziell gesenkt. Diese Effekte werden jedoch durch starke gegenläufige Trends in Lebensstil und Alltagsverhalten (über-)kompensiert („Rebound-Effekt“).

Stromsparen wird bislang als freiwillige Leistung von Stromverbrauchern verstanden, verbindliche Maßnahmen oder Ziele gibt es nicht. Geradezu kontraproduktiv wird sich die schwarz-gelbe Reform der Energiekennzeichnung auswirken. Denn mit dem neuen Label werden Verbraucherinnen und Verbraucher mehr verwirrt als aufgeklärt. Die gesetzliche Vorgabe für Industrie und Gewerbe, den Energiebedarf um 1,3 Prozent jährlich zu senken, um in den Genuss von steuerrechtlichen Privilegien zu kommen, ist viel zu niedrig. In anderen Ländern werden dagegen erfolgreich gezielte Instrumente zum Stromsparen eingesetzt. Dazu gehören unter anderem die Einführung eines Effizienzfonds, die Verpflichtung von Energieunternehmen zu Einsparzielen oder auch das japanische „Top Runner“-Programm. Nur Deutschland schläft.

GRÜNE ZIELE

Im Zeitraum 2005 bis 2012 ist der Stromverbrauch in Deutschland leicht rückläufig. Wir wollen diesen Trend deutlich verstärken und bis 2020 den Stromverbrauch um 16 Prozent gegenüber 2005 senken. Dies lässt sich nur erreichen, wenn politisch die richtigen Weichen gestellt werden, unter anderem eine Nachbesserung der EU-Ökodesign-Richtlinie und die Einführung eines wirkungsvollen Effizienzgesetzes. Auch nach 2020 wollen wir die Potenziale zur Stromeinsparung weiter erschließen und den Stromverbrauch senken. Gleichzeitig werden neue Strombedarfe entstehen, etwa durch die fortschreitende E-Mobilität oder im Wärmebereich. Dennoch kann durch eine konsequente Effizienzstrategie der Stromverbrauch bis 2050 um mindestens 25 Prozent gegenüber 2005 gesenkt werden.

Wir wollen möglichst viele Menschen dabei unterstützen, Strom zu sparen – durch Aufklärung und Information, aber auch durch finanzielle Anreize. Stromspargeräte fristen immer noch ein Nischendasein. Das wollen wir ändern. Darüber hinaus wollen wir anspruchsvolle Vorgaben für den Energieverbrauch sowie eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Spargeräten. Stromlieferanten müssen zu Energieeinspardienstleistern werden, die nicht durch Masse, sondern durch Klasse verdienen.

Die bestehenden Tarifstrukturen für Strom sind weder sozialverträglich noch geben sie Privathaushalten Anreize Energie einzusparen. Vielverbraucher profitieren so auf Kosten von Energiesparern. Wir wollen Stromversorgungsunternehmen dazu verpflichten, mindestens einen „Stromspar-Tarif“ anzubieten, der stromsparendes Verhalten durch einen progressiven Tarifverbrauch belohnt. Zudem sollen aus sozialen Gründen Strom- und Gassperren von Privathaushalten gesetzlich eingeschränkt werden. Es darf nicht sein, dass pro Jahr bis zu 600.000 Haushalten der Strom abgestellt wird.

GRÜNE MASSNAHMEN

Wir wollen Stromsparen verbindlich machen durch

- die konsequente Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie und dem Ziel einer Senkung des Stromverbrauchs um 16 Prozent gegenüber 2005,
- eine Verpflichtung für Energieversorger zur Durchführung von Energiesparmaßnahmen,
- hohe Effizienzstandards für Elektrogeräte durch die sukzessive Verschärfung der EU-Ökodesign-Richtlinie sowie die Einführung des Top-Runner-Ansatzes.

Wir wollen Stromsparen in Privathaushalten und Unternehmen besser fördern durch

- die Verknüpfung steuerlicher Vergünstigungen und Befreiungen für Unternehmen mit ambitionierten betrieblichen Energiesparzielen und der Einführung von Öko-Audits,
- die Bereitstellung von einer Milliarde Euro im Rahmen des Energiesparfonds,
- die Verpflichtung der Energieversorger zum Anbieten mindestens eines „Stromspar-Tarifs“.

ENERGIESPARZIELE
BIS 2020

	Stand 2011	**Ziel 2020 Grüne**
Verbrauch Strom	+ 0,4 % seit 2008	**– 16 % von 2005**
Quote Gebäude-sanierung	0,7 % pro Jahr	**3 % pro Jahr**
Energieverbrauch Verkehr	+ 5 % seit 2005	**– 20 % von 2005**

6. ENERGIEFORSCHUNG NEU AUSRICHTEN

STAND

Deutschland investiert im internationalen Vergleich mit 0,18 Prozent des BIP viel zu wenig in die Energieforschung. Und wenn, dann spiegeln sich Energiewende und Atomausstieg nicht angemessen in ihr wieder bzw. kommen die Gelder aus dem wackeligen Energie-und Klimafonds.

GRÜNE ZIELE

Das Gelingen der Energiewende ist eng an eine Neuausrichtung der Energieforschung gekoppelt. Gerade in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Speichertechnologien und gesellschaftliche Relevanz muss sie mit Priorität vorangetrieben werden. Klima- und umweltschädliche Forschung wollen wir beenden und die frei werdenden Mittel in die Forschung für den zukunftsfähigen Umbau der Energiewirtschaft umlenken.

GRÜNE MASSNAHMEN

- Deutschland muss sich aus der staatlichen Förderung von Nuklearforschung, Kernspaltung und -fusion zurückziehen, die über Sicherheitsaspekte und Endlagerfragen hinausgeht.
- Energieforschung muss aus dem Dunkel der Intransparenz geholt werden und die Verwendung öffentlicher Mittel an die Bedingung geknüpft werden. Die bisher hauptsächlich durch den EKF gedeckten Mittel sollen in die reguläre Haushaltsplanung zurückgruppiert werden.
- Die laufenden Programme zur F&E von Stromspeichern, Elektro- und Hybridantrieben und im gesamten weiteren Bereich der Elektromobilität müssen massiv aufgestockt werden.
- Der wachsende Anteil an erneuerbaren Energien macht den Aus- und Umbau der Stromnetze zu intelligenten Netzen (Smart Grid) und Einsatz von Speichern immer drängender. Notwendig ist daher die Erforschung innovativer Technologien, um den höheren Anforderungen u.a. hinsichtlich Energie- und Leistungsdichte, Lebensdauer, Sicherheit und Optimierung der Kosten gerecht zu werden.
- Energieforschung darf sich nicht auf die Anwendungsforschung verengen, denn gerade die Grundlagenforschung schafft die Voraussetzungen für Innovationssprünge, zum Beispiel in den Bereichen Materialforschung und Energieübertragung auf molekularer Ebene.
- Wir stärken Kompetenzzentren und Forschungsverbünde im Bereich der Energieforschung. Zugleich wollen wir mit einer gezielten steuerlichen Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen und mit Anreizen zur Erlangung der Marktreife den innovativen Mittelstand dabei unterstützen, seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auszubauen und somit auch zusätzliche Mittel zur staatlichen Energieforschung beizutragen.
- Auch auf europäischer Ebene streben wir eine Umwidmung der Energieforschungsmittel weg von der Atomforschung hin zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung an.

Impressum
Bundesgeschäftsstelle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

GRUENE.DE